

«Integration ist erst einmal Chefsache»

SONNTAGSGESPRÄCH Der Ethnologe Nikolaus Wyss ist einer von gegen 4000 Schlieremer Neuzuzügern. Er fordert: Zum Legislaturziel des Stadtrats muss auch die Integration der Alteingesessenen in die neue Bevölkerungsstruktur gehören.

VON JÖRG KREBS

Schlierens Bevölkerung wächst rasant. Der Schlieremer Stadtrat hat deshalb die Integration der Neuzuzüger zum Legislaturziel erhoben. Nikolaus Wyss (61) ist einer dieser Zugezogenen. Der studierte Ethnologe, Zeitschriften-Herausgeber, Journalist und bis 2009 Rektor der Hochschule für Gestaltung und Kunst in Luzern reflektiert in diesem Interview die Entwicklung der Stadt Schlieren aus der Sicht eines engagierten Beobachters. Er, der früher die Quartierentwicklung von Schwamendingen und deren Aufwertung seit Jahrzehnten mitverfolgt und mitgestaltet hat, postuliert, dass zum Legislaturziel des Stadtrats auch die Integration der Alteingesessenen in die neue Bevölkerungsstruktur gehört.

Herr Wyss, Sie sind einer von gegen 4000 in den letzten Jahren neu Zugezogenen und wohnen seit einem Jahr in einem der neuen Quartierüberbauungen. Warum Schlieren?

Nikolaus Wyss: Ich habe von den 70ern bis 1995 in Zürich Schwamendingen gewohnt und bereits dort das Hohelied auf die Vorstädte gesungen.

Sie finden Vorstädte attraktiv?

Vorstädte sind einer grossen Dynamik unterworfen, nicht selten entsteht auf ehemaligen Industriebrachen Neues, jede freie Wiese bietet Chance für Veränderung und regt die Fantasie an, weil sie Zukunft in sich birgt. Das mag ich.

Wie eigenständig nehmen Sie Schlieren als Ort wahr?

Aus meiner Optik als Zugezogener gehört Schlieren zum Stadtrand von Zürich. Die Schlieremer Entwicklung ist die Antwort auf Entwicklungen in der Stadt Zürich. Dasselbe gilt auch für Dietikon, Opfikon, Dübendorf und alle anderen Vorortsgemeinden. Sie befinden sich trotz Autonomie unter dem allumfassenden Einfluss der Stadt Zürich.

Als Sie nach Schlieren zogen, meinten Sie eigentlich Zürich?

Ja. Ich bin nach Schlieren gezogen, weil ich mir eine Wohnung in der Stadt Zürich nicht leisten kann. So geht es vielen, die an den Stadtrand ziehen. Darum wachsen die Vorstädte.

Schlierens Bevölkerung ist in den letzten Jahren um 20 Prozent gewachsen. Das bedeutet Tausende Einwohner, die keine Wurzeln in der Stadt haben. Beschleunigt dies den Verlust der Autonomie Schlierens und die Entwicklung zum Zürcher Aussenquartier?

Das hängt wesentlich von der Reaktion der Alteingesessenen und der Behörden von Schlieren ab. Mein Eindruck ist, dass die Alteingesessenen mit den Neuzuzügern noch nicht sehr viel anzufangen vermögen. Dabei trägt es nicht zur Prosperität einer Kommune bei, wenn neu Zugezogene als Gefahr wahrgenommen oder ignoriert und nicht als Chance betrachtet werden.

Woraus schliessen Sie das?

Ein Zeichen dafür ist zum Beispiel der erschreckend hohe Stimmenanteil an fremdenfeindlichen SVP-Wählern. Wobei das kein ausschliessliches Schlieremer Phänomen ist, sondern für den ganzen Agglomerationsgürtel gilt.

Eine Spaltung in altes und neues Schlieren ist kein guter Befund für jene, die auf eine funktionierende Gemeinschaft hoffen.

Darum ist es gut, wenn man die Integration zum Legislaturziel erklärt. Ob sie gelingt, kann erst viel später beurteilt werden. Aber Schlieren hat ja Erfahrung mit Wandel: Es hat die Ansiedlung von verschiedenen Industriebetrieben wie der Wagi, dem Gaswerk und anderen bedeutenden Unternehmungen und dem damit verbundenen Ansteigen einer Arbeiter-Bevölkerung vor hundert Jahren auch gut gemeistert. Daran muss man anknüpfen.

Entscheidend für die Zukunft einer eigenständigen Stadt Schlieren wird sicher die Einstellung der Neuzuzüger zu ihrem neuen Wohnort sein?

Ja, aber noch viel mehr deren ökonomisches Potenzial. Dank höherer Einnahmen kann der Steuerfuss moderat gehalten werden, können Infrastrukturprojekte getätigt werden wie zum Beispiel der Bau einer Limmattalbahn von Altstetten bis nach Killwangen. Dafür muss der Curry-Geruch akzeptiert werden, der um die Mittagszeit durch mein Quartier weht, weil hier viele Familien ihr Häuschen haben. Viele Zugezogene sind fremdländischer Herkunft: aus Kosovo, aus Serbien, aus der Türkei, aus Deutschland, aus den Philippinen und so fort.

Ein interessanter Punkt. Als die Stadt Schlieren neuen mittelständischen Wohnraum forderte, träumte sie von Schweizer Familien. Nun zeigt sich: Der Anteil an Nichtschweizern ist in den neuen Quartieren sehr hoch. Die Frage ist also: Kann sich eine Stadt ihre Bevölkerung aussuchen?

Die freie Wirtschaft will ihre Liegenschaften verkaufen und vermieten und sich in der Auswahl ihrer Kunden nicht durch Quoten und andere Restriktionen dreinreden lassen. Der Markt regelt das von alleine. Offenbar ist Schlieren at-

«Integration ist oft nur ein Mode-Thema: Man hält sich für fortschrittlich und tolerant, wenn man davon spricht. Und dahinter versteckt sich doch nur der Wunsch nach Ruhe.»

traktiv für Ausländer, die es bereits zu etwas gebracht haben und sich neben einem teuren Auto auch ein Anwesen leisten können. Ich als Schweizer hingegen gehöre hier zu einer vernachlässigbaren

Minderheit. Mein persönliches «Legislaturziel» heisst deshalb, dass ich mich selber integrieren muss in eine für mich vorerst noch fremde Welt.

Was braucht es, damit eine Integration von zugezogenen Bevölkerungsteilen in die bereits verwurzelten gelingt?

Zur Integration braucht es zwei Seiten. Der Wandel betrifft alle, auch die Alteingesessenen. Integration ist nicht von ei-

«Die Chance, in der Schweiz vermögend zu werden, halte ich für ein erfolgreiches Integrationskonzept.»

nem Tag auf den anderen möglich, geht es doch ums Aufgeben und Neuerfinden von täglichen Gewohnheiten. Das ist eine Frage von zwei, drei Generationen.

Aber ohne Garantie auf Erfolg.

Der Erfolg ist abhängig von der Fähigkeit und dem Willen der Alteingesessenen, den Wandel auch mitzumachen und ihren Platz im neuen Kontext finden zu können. Damit tun wir «Schweizerschweizer» uns schwer.

Das Credo lautet doch immer: Die Zugezogenen sollen sich anpassen.

Das ist kein einseitiger Prozess. Es geht zwar nicht darum, dass die Alteingesessenen plötzlich auch Curry kochen oder zu Liebhabern von Schaschlik oder Dönerkebab werden müssen, aber es geht schon auch darum, in den Zugezogenen nicht nur diejenigen zu sehen, die einem mit ihrem unvertrauten, fremdländischen Gebaren Angst einjagen, und die man nur deshalb für dumme ansieht, weil sie Mühe mit der Abfallsortierung bekunden.

Was empfehlen Sie, zu tun?

Das Augenmerk der Alteingesessenen sollte vielmehr auf das Potenzial der Zugezogenen gerichtet sein, auf deren Ehrgeiz und Zielgerichtetheit, auf deren Geschick und Fähigkeiten und auf ihre weltweiten Netzwerke. Identifiziert eine Gemeinde ein solches Potenzial, wird sie dadurch unglaublich bereichert und bringt sich selber weiter.

Eine schwierige Aufgabe, denn die Neuzuzüger stammen aus der ganzen Welt, entsprechend vielfältig sind die Bedürfnisse und Lebensäußerungen.

Stimmt. Die heutige Migration ist eine globale, es kommen nicht mehr nur Schweizer vom Land oder Italiener und Spanier in die Vorstädte. Plötzlich ist Schlieren mit allem, was auf der Welt geschieht, konfrontiert. Mit dieser Realität muss eine Stadt umgehen lernen. Diese neue Realität zeigte sich auch am Neuzuzügerabend, zu welchem ich von der Stadt Schlieren eingeladen worden bin.

Wie zeigt sich die neue Realität?

Da wurde wenig Deutsch gesprochen, oder dann nur gebrochen. Doch die Lingua franca war trotzdem Deutsch. Und die Kinder und Jugendlichen haben eine besonders interessante Kommunikationsform, indem sie untereinander die Sprache ihrer Herkunftsfamilie mit Schweizerdeutsch mischen. Köstlich und innovativ. Aufgefallen ist mir noch etwas: An diesem Abend gab es Vereinsstände, die rührend um Mitglieder warben. Gesangsvereine, Schützen, Männerriege, sogar Parteien. Und sie alle klagten, ihre Mitgliederbestände seien arg am Schrumpfen.

Den Vereinen kommt doch aus politischer Sicht die Bedeutung zu, sie seien ein treibender Faktor für die Integration.

Das war einmal. Daran glauben ja nicht einmal mehr die jungen Schweizer, die sich auch lieber, Seite an Seite mit Kosovo-Albanern, Türken und Nigerianern, im Fitnessstudio abquälen, statt im Turnverein die Pyramide zu üben. Im

Bedürfnis, sich eine eigene Umgebung mittels individueller Wahl von Freizeitgestaltung zu schaffen, ist der Schweizer so wenig «integriert» wie der Ausländer. Beide machen von ihren Freiheiten Gebrauch.

Was also ist zu tun?

Integration ist zunächst einmal Chefsache, und der Chef hat zu erklären, ob es mit dem Mitmachen im Gesangsverein wirklich getan ist, wenn sich dort nicht einmal mehr Schweizer finden lassen.

Es braucht also vorgängig eine Diskussion über eine Integrationsstrategie?

Dem diffusen Wort Integration muss eine Diskussion der Ziele, die damit verbunden sind, vorangestellt sein. Diese Gedankenarbeit liegt in der Verantwortung der politisch Verantwortlichen.

Inwiefern?

Sie müssen selber für das Thema einstehen, um ihm die Bedeutung zu verleihen, die es für die gesamte Bevölkerung tatsächlich hat. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integrationsarbeit. Der Chef einer Kommune muss die Ansprüche von allen Seiten aufnehmen, bearbeiten, moderieren. Das kann sehr unangenehm sein und verlangt ausserordentliche soziale Kompetenz. Integrationsarbeit wird sehr oft in die Verantwortung der Sozialarbeit abdelegiert. Dort gehört sie nicht hin.

Warum nicht?

Weil sich die Sozialarbeit mit Spezialfällen befasst. Integration bezieht sich heute aber nicht mehr auf kleine Randgruppen einer Gesellschaft. Und ein neu Zugezo-

«Nicht einmal die Schweizer sind integriert: Einer integrierten Schweiz wäre es eigentlich egal, ob im Bundesrat ein Tessiner oder ein Zürcher sitzt.»

gener, ob aus Sri Lanka oder Marokko, der hier Wohneigentum besitzt oder sich eine nicht allzu billige Mietwohnung leisten kann, ist kein Sozialfall. Das sind Leute, die es zu etwas gebracht haben. Solche Leute «integrieren» zu wollen ist genauso schwierig, wie dem Chef der Credit Suisse, Brad Dougan, ein deutsches Statement entlocken zu wollen.

Welche Gründe sehen Sie dafür?

Das Wort Integration wird von den Alteingesessenen interpretiert, die auch über das Stimm- und Wahlrecht verfügen, also vom alteingesessenen Kreis der Bevölkerung, der schon bald eine Minderheit darstellt. Dessen Fokus liegt auf dem Bewahren althergebrachter und heute nicht mehr durchsetzbarer Werte anstatt auf einer vorausschauenden, die tatsächliche Entwicklung berücksichtigenden Politik, in welcher Integration zunächst Dialog heisst, um herauszufinden, wo überhaupt die Schnittstellen sind, bei denen ein Zusammengehen einen Mehrwert für uns alle bringt.

Was tun? Diese Politikerinnen und Politiker sind nun einmal gewählt!

Es gilt Möglichkeiten und Gremien zu schaffen, die offen sind für Stimmbere-

rechtigte wie für solche, die das Stimmrecht nicht haben. Ich bin sicher, die Zuwanderer haben gute Ideen, wenn sie gefragt und in die Verantwortung eingebunden würden. In einem ersten Schritt gilt es herauszufinden, wo sich gemeinsame Interessen und Werte finden lassen, die besser zu erreichen sind, wenn sich dafür alle Leute gleichermaßen in die Verantwortung nehmen lassen. Kehrrichtensorgung, Sicherheit inklusive sicherere Schulwege, Krankenpflege, Erholungsräume, Lärmschutz, Freizeitangebote, Erleichterung bei der Steuererklärung und so weiter.

Auch hier liesse sich entgegenen: Die Zugezogenen sollen sich anpassen.

Man muss sich einfach bewusst sein: Die Neuzuzüger stellen ein Problem für die Alteingesessenen dar, nicht umgekehrt.

Wie bitte?

Die Neuzuzüger fühlen sich wohl in Schlieren, solange sie die Bedürfnisse des täglichen Bedarfs decken können. Sie sind über die Stadt hinaus vernetzt mit ihrem Freundes- und Verwandtenkreis. Leute, die ihren Alltag relativ gut und erfolgreich meistern, empfinden Integrationsbemühungen der anderen Seite oft als Zusatzverpflichtung, deren Nutzen sie nicht einsehen und nur aus Gefälligkeit den anderen gegenüber machen.

Wenn gewählte Politiker nicht mehr die Zusammensetzung des allergrössten Teils der Bevölkerung abbilden, dann politisieren sie an der Gesellschaft vorbei. Das birgt Sprengkraft.

Richtig. Vor allem in Zukunft. Solange die Zugezogenen zufrieden sind und stolz auf ihr Heim und ihre Umgebung, ist alles gut.

Und wenn nicht?

Wenn sie unzufrieden werden, weil sie das Gefühl haben, ihre eigenen Steuer-gelder kommen nur den anderen zugute, oder weil sie ständig kritisiert werden, nicht so zu sein wie die Schweizer, so könnte die Stimmung kippen und kostspielige soziale Probleme nach sich ziehen. Es ist also weise, vorzusenden, sich zum Beispiel zu überlegen: Welche Art von Kindertagesstätten, Schulen und Altersversorgung braucht es, um die Bedürfnisse einer heterogenen Gesellschaft zu befriedigen, und von welchen Verantwortungsträgern werden sie betrieben?

Ihre Aussagen weiter gedacht, führen zur Forderung nach dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, wenigstens auf kommunaler Ebene. Das ist höchst umstritten.

So weit muss man nicht einmal gehen. Es gibt nicht nur Beispiele für gelungene und misslungene Integrationsbemühungen, sondern auch für erfolgreiches Nebeneinanderherleben und Ignorieren.

Woran denken Sie?

Nehmen wir die Schweiz. Welsche, Tessiner und Deutschschweizer kommen am besten miteinander aus, wenn sie – überspitzt formuliert – nichts miteinander zu tun haben. Wir leben eine Zweckgemeinschaft, die durch den Franken, das Militär und ein paar gemeinsame Wertvorstellungen zusammengehalten wird. Das funktioniert bestens. Integriert sind die Landesteile deswegen nicht und führen ein erstaunliches Eigenleben und sehen sich bedroht, wenn die anderen etwas in



Zur Person: Nikolaus Wyss



Der 61-jährige Nikolaus Wyss ist in Zürich aufgewachsen. Er war Buchhändler in Bogotá, Kolumbien, und freier Journalist für verschiedene Schweizer Zeitungen. Von 1974 bis 1977 studierte er an der Universität Zürich Volkskunde, Ethnologie und Soziologie. Er war Mitherausgeber der Zeitschrift «Der Alltag» und anderer Publikationen. Von den 1970ern bis Mitte der 1990er-Jahre lebte er in Schwamendingen, war Vorstand im dortigen Quartierverein und örtlicher Theaterproduzent. 1981 erschien sein Schwamendinger-Buch. Von 1998 bis 2009 war Wyss Rektor der Hochschule für Gestaltung in Luzern. Seit 2010 lebt er als freier Autor in Schlieren. (JK)



Niklaus Wyss: «Es gilt Gemeinsamkeiten, den gemeinsamen Nenner zu suchen. Darauf lässt sich ein Konsens für eine integrierte Gesellschaft aufbauen.»

Anspruch nehmen, von dem sie meinen, es stehe ihnen selber zu, zum Beispiel einen Sitz im Bundesrat. Einer integrierten Schweiz wäre es eigentlich egal, ob dort ein Tessiner Bundesrat sitzt oder ein Zürcher.

Während jedoch die Schweizer Landesteile am politischen Prozess beteiligt sind, bedeutet Integration von Ausländern nach Schweizer Lesart, dass ein Zugezogener zwar die Schweizer Kultur übernehmen muss, aber vom politischen Leben, das die echte Integration fördern würde, ausgeschlossen bleibt. Stimmt. Das ist eine Lesart, die wohl so nicht mehr lange aufrechtzuerhalten ist, auch wenn momentan fast 30 Prozent der Schweizer Urnengänger heftig dafür kämpfen.

Warum nicht?

Weil die Proportionen zwischen Schweizern und Nichtschweizern am Kippen sind. Der Prozess lässt sich nicht mehr umkehren. Integration ist nur noch möglich, wenn die Schweizer sich selber in diese Richtung in Bewegung setzen.

Welche Konsequenzen hat dies?

Es gilt Gemeinsamkeiten, den gemeinsamen Nenner zu suchen. Darauf lässt sich ein Konsens für eine integrierte Gesellschaft aufbauen.

Also doch eine gemeinsame Kultur schaffen?

Der gemeinsame Nenner ist nicht die Kultur.

Nicht?

Nie. Nur die Ökonomie erlaubt es einer Gesellschaft oder einer Kultur, zu prosperieren. Wenn die Ökonomie stimmt, dann ist man anderen gegenüber toleranter. Dann hat es Platz für verschiedene Kulturen in einer Gesellschaft. Das ist der viel einfachere, realistischere Weg, als eine fatale Verschmelzung der Kulturen zu fordern. Die Chance, in der Schweiz vermögend zu werden, halte ich für ein erfolgreiches Integrationskonzept. Das Problem ist nur, dass manche Ausländer darin besser sind als die Schweizer, die meinen, ihnen stehe alles Geld ohnehin zu.

Nochmals: Wäre ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländer eine Lösung?

Der Schweizer tut sich unglaublich

schwer, Mitverantwortung auszudehnen. Die Forderung hat derzeit kaum Chancen.

Welche Alternativen gibt es?

Es gibt kurzfristig die Möglichkeit, Ausländer statt auf einer politischen Ebene auf gesellschaftlicher Ebene in die Verantwortung einzubinden. Man kann Aufgabenbereiche der Stadt oder der Gesellschaft an solche, neu geschaffene Verantwortungsträger delegieren. Vor allem aber braucht es eine Moderation, das heisst, der Chef einer Kommune muss kraft seiner Kompetenz und Funktion den Prozess vorantreiben. Am besten spannen die einzelnen Vorstädte zusammen und ziehen am selben Strick. Schlieren allein ist für so was vermutlich zu klein.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Wie soll ich Beispiele nennen, die erst als Resultat der Gespräche und Meinungsbildung auf dem Tisch liegen werden?

Versuchen Sie es.

Es geht darum, gemeinsame Interessen zu identifizieren, zum Beispiel im Bereich der Schule, des Sports und in vielem anderem mehr und dort die Übernahme von Verantwortung so neu zu definieren, dass sich damit auch Neuzuzüger identifizieren können.

Die Kritik ist schon jetzt zu hören. Da macht doch niemand mit.

Die Leute, auch die Schweizer, dafür zu gewinnen, braucht ein schlaues Vorgehen. Trotzdem: Ausländer, die es in der Schweiz zu etwas gebracht haben, die können arbeiten, die sind ehrgeizig. Man darf und kann diese Leute fordern, aber eben die Schweizer auch. Es kann keine einseitige Sache bleiben.

Es gilt also, stärkere Anreize zum Mitmachen zu schaffen?

Es gilt Anreize zu schaffen und die Leute in die Verantwortung einzubinden. Nur so erreicht man etwas. Der Mehrwert, der dabei für alle Beteiligten herauskommt, muss ein wirklicher sein, für die Schweizer wie für die Nichtschweizer Bevölkerungsteile. Die Schweizer Bevölkerung kann nicht warten, bis die Nichtschweizer Bevölkerung sich bewegt. Das funktioniert nicht.

Mit Ihren Ideen beschreiten Sie einen neuen Gedankenweg.

Und damit kommen wir zu einem weiteren Problem: Mit den Voten, die ich gerade abgegeben habe, würde ich wohl kaum gewählt werden von den alteingesessenen Schlieremern. Eine wirkliche Lösung wird somit schwierig. Mit anderen Worten: Was ich fordere, sind Personen an der Spitze des Gemeinwesens, die für die reale Entwicklung eine Sprache finden, Positives und Negatives benennen können und sich nicht aus politischem Kalkül zurückhalten.

Sie trauen der Politik in Sachen Integration nicht viel zu?

Ich habe festgestellt, dass Integration oft nur als Mode-Thema vorkommt. Man hält sich für sehr fortschrittlich und tolerant, wenn man davon spricht. Und dahinter versteckt sich doch nur der Wunsch, im eigenen Garten endlich wieder in Ruhe gelassen zu werden, sich nicht mehr stören zu lassen von den anderen, die so laut sind, zu schnell Auto fahren und unpünktlich zur Arbeit erscheinen und erst noch anders aussehen. Integration pervertiert sich unter diesen Vorzeichen zur Sehnsucht, dass doch biteschön alles so zu sein hat wie früher, als die Welt noch in Ordnung war.

Dass die Region in Sachen Integrationsbemühungen fantasielos wirkt, mag damit zusammenhängen, dass es keine gravierenden Probleme gibt.

Wenn ich mein Neubauquartier im Storchennest entlang der Eisenbahn anschau, dann muss ich sagen: Hier leben Menschen, viele Nichtschweizer, die haben es selbst nach Schweizer Massstab geschafft. Sie wollen berechtigterweise, dass man ihnen auf Augenhöhe begegnet und nicht als Problemfall.

Sie wohnen im Wohneigentum.

Eigentum ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor. Das kann über entsprechende Zonenpläne beeinflusst werden. Wer sein Häuschen, seine eigene Wohnung besitzt, der richtet sich erfahrungsgemäss für länger ein. Das ist ein guter Integrationsfaktor.

Integration lässt sich aber kaum durch Städtebau allein lösen.

Nein, sicher nicht. Aber über Stadtentwicklung über die Nasenspitze des Zonenplans nachzudenken, wirft sicher Nutzen für integrative Anliegen ab. Aber darob darf nicht vergessen werden, dass Integration schon längst zugange ist, im Food-Bereich zum Beispiel. Der Döner bietet oft auch Pizze an und würde auch gerne Cervelats anbieten, wenn diese halal wären. Und wie gern essen wir auf dem Chilbiplatz ein indisches Curry oder ein indonesisches Nasi Goreng. Da läuft im Schatten grosser Integrationsdiskussionen ein Prozess ab, der vorzeigt, dass es für eine erfolgreiche Integration auch Schweizer braucht, die im Fremdländischen einen Mehrwert sehen.